

fficon für den Schlußantrag des Berichts anzusehen sein, daß aus der Mitte der Kammer sich keine Stimme gegen den Deputationsantrag hat vernehmen lassen. So viel aber die von der Staatsregierung ausgesprochenen Ansichten anlangt, so kann ich denn doch nicht so ohne weiteres über sie hinweggehen, da sie in ihren Consequenzen allerdings sehr bedenklich zu sein scheinen. Die Staatsregierung glaubt das Recht zu haben, über Resolutionen der Unter- und Mittelbehörden in jeder Beziehung cognosciren und dieselben nach Belieben abändern zu können. Ich gebe diesen Satz ohne Bedingung zu, wenn es sich um Administrativjustizsachen handelt, allein hier, wo es sich handelt um Ausübung eines den Kreisdirectionen verfassungsmäßig zustehenden Rechts, möchte ich bezweifeln, ob der ausgesprochene Grundsatz der Regierung stichhaltig sei. Hat die Staatsregierung unzweifelhaft nach der bestehenden Gesetzgebung das Recht, Concessionen für Fabriketablissemens auf dem platten Lande zu erteilen, so ist es eben so gewiß, daß sie dieses Recht einer bestimmten Behörde überwiesen hat, und diese Behörde ist die Kreisdirection. Die Kreisdirection ist aber bei Ertheilung von Gewerbsconcessionen nur gebunden an ihr administratives Ermessen; sie hat also, wenn sie Gewerbsconcessionen zu erteilen hat, darüber zu cognosciren: Liegen gewerbliche Bedenken vor, das Etablissement zu gestatten, oder nicht? Wird diese Frage bejaht, so kann der Widerspruch eines Dritten diese Administrativsache nicht in eine Administrativjustizsache verwandeln. Es scheint das Ministerium besonders darauf einen gewissen Werth zu legen, daß von dem Fabricanten Greding gegen die Concessionsertheilung Recurs eingewendet worden ist. Dem Recurs konnte aber keine Folge gegeben werden, denn Greding hatte nicht nachgewiesen, daß er durch die Gewerbsconcession benachtheiligt werde. Er hatte nur die Furcht, es möchte das Wasser, welches der Gewerkschaft und seiner Fabrik gemeinschaftlich zusteht, in seinem Laufe alterirt werden. Es ergibt sich aber schon aus den Acten zur Genüge, daß dieses nicht der Fall ist. Wäre es aber auch der Fall gewesen, so ist dies eine Frage, die auf den Rechtsweg gehört. In dieser Weise hat auch die Kreisdirection die Sache meines Erachtens nach vom richtigen Standpunkte aus aufgefaßt, indem sie Greding auf den Rechtsweg verwiesen hat. Daß Privatrechte bei der Concessionsertheilung berücksichtigt werden müssen, möchte ich nicht behaupten; sie können höchstens berücksichtigt werden und die Kreisdirection in Zwickau hat daher auch die Weisung gegeben, daß die Gewerkschaft sich die Schwierigkeiten wohl überlegen möge, welche ihr von Seiten Greding's gemacht werden könnten, wenn er im Proceße nachwiese, es werde der Wasserlauf zu seinem Nachtheile alterirt, und hat der Gewerkschaft ausdrücklich zu erkennen gegeben, es könne die rechtliche Durchführung des Greding'schen Widerspruchs leicht die Vereitelung des ganzen Unternehmens zur Folge haben. Deshalb hat auch die Kreisdirection ausdrücklich hinzugefügt, daß, wenn dieser Fall sich ereigne, man sie darauf aufmerksam gemacht haben wolle, damit sie späterhin nicht etwa Beschwerde über die Behörde erhe-

ben möge, daß man ihr nicht zeitig genug die Gefahr gezeigt habe. Allein kein Gesetz ist vorhanden, welches das Ministerium nöthigte, den Widerspruch eines Dritten, welcher seiner Natur nach bloß auf dem Rechtswege erörtert werden kann, bei der administrativen Erwägung zu berücksichtigen. Es konnte daher auch das Ministerium aus dem Grunde, weil der Widerspruch nicht berücksichtigt worden wäre, die Gewerbsconcession durchaus nicht wieder einziehen, nicht einmal die Ertheilung derselben verhindern. Konnte sie dieselbe aber nicht verhindern, so konnte sie dieselbe noch weniger einziehen. Sobald die Kreisdirection von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht hatte, ging von dem Augenblicke an, wo die bezügliche Verordnung publicirt war, das Recht zu dem Gewerbetablissemens in das Eigenthum der mit der Concession begnadigten Personen über, es bildete die Concession einen Theil des Vermögensrechts der Begnadigten. Wenn ich aber ein Vermögensrecht habe, so kann es mir nicht durch eine Verfügung der Administrativbehörde willkürlich entzogen, sondern nur beschränkt oder genommen werden in den von der Verfassungsurkunde bestimmten Fällen, namentlich nur gegen Entschädigung. Das Ministerium beruft sich darauf, daß den Leuten ein Schade, wenn er überhaupt erwachsen wäre, nur durch ihre eigne Schuld erwachsen sein würde; denn zu der Zeit, wo der Recurs an das Ministerium gelangte, habe die Schneidemühlengewerkschaft die ihr zur Bedingung gemachte Ausbringung der Bauconcession noch nicht bewirkt gehabt. Ich bemerke aber, daß das Ministerium mit dieser Ausflucht nicht durchkommen kann. Die Bauconcessionsfrage konnte das Ministerium des Innern nicht tangiren, sie war nur Sache des Finanzministeriums. Für das Ministerium des Innern konnte dieser Mangel also keinen Grund abgeben, die Concession einzuziehen. Wenn aber das Ministerium aus dem Oberaufsichtsrechte das Befugniß herleiten will, eine Concession, welche die Mittelbehörde erteilt hat, wieder einzuziehen, so muß ich dies in Zweifel stellen. Das Oberaufsichtsrecht enthält bloß das Recht und die Verpflichtung in sich, den Mittel- und Unterbehörden Anweisung zu erteilen, nach welchen Grundsätzen sie bei Ertheilung von Concessionen zu verfahren haben, ob sie laxer oder minder laxer Grundsätze dabei annehmen sollen; allein einen unstatthafter Eingriff in die Rechte der Mittelbehörden und der Privaten würde das Oberaufsichtsrecht allerdings enthalten, wenn damit zugleich die Befugniß verbunden sein sollte, von Mittelbehörden in ihrer Competenz erteilte Concessionen nach Willkür einzuziehen. Widerspruchlich war die Concession aber nicht, wenigstens nicht in der Weise, wie das Ministerium behauptet. Man könnte höchstens sagen, sie sei an eine Resolutivbedingung geknüpft gewesen. Bis diese Resolutivbedingung nicht eingetreten war, konnte also die Concession wenigstens nicht zurückgezogen werden. Es würden in der That die Grundsätze, welche das Ministerium verfochten hat, zu den bedenklichsten Inconvenienzen führen und den Gewerbsstand auf eine Weise gefährden, welche dringend auffordert, in Zeiten ernstliche Maßregeln dagegen zu beantragen. Die Deputation hat ihren Antrag in diesem Sinne ge-